

Demokratie per Dekret?

Zwei neue Bücher zeigen, wie die internationale Gemeinschaft aus ihren Fehlern in Bosnien lernen könnte. *Von Markus Bickel*

Eigentum“, „Besitzerschaft“, „Besitz“ bietet das Wörterbuch als Optionen für das englische Wort „Ownership“ an. Doch wahrscheinlich kommen „Aneignung“ oder „Eigenverantwortung“ dem aus den Sozialwissenschaften stammenden Konzept näher, das sich seit seiner Einführung durch den ehemaligen Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina, Wolfgang Petritsch, wachsender Beliebtheit erfreut. Zumindest unter Anhängern demokratischerer Modelle politischer Repräsentation als den bestehenden internationalen Protektorsregimen in Nachkriegsgesellschaften wie der bosnischen, der kosovo-albanischen oder der im Irak.

Ownership Process in Bosnia and Herzegovina. Contributions on the International Dimensions of Democratization in the Balkans („Der Aneignungsprozess in Bosnien-Herzegowina – Beiträge zur Internationalen Dimension von Demokratisierung auf dem Balkan“) heißt denn auch der Titel eines Sammelbands, dessen Beiträge die politische Situation in Bosnien acht Jahre nach Unterzeichnung des Dayton-Friedensvertrages im Dezember 1995 zum Thema haben. Prominentester Autor in dem vom Leiter des Schweizer Instituts für Demokratische Alternativen, Christophe Solioz, und Svebor Dizdarevic, Politikprofessor an der Universität Sarajewo, herausgegebenen Buch: Petritsch selbst, der nach knapp drei Jahren an der Spitze der Bosnien-Protectoratsbehörde Österreich seit Mai 2002 als Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf vertritt.

„Ich muss zugeben, dass es eine ganze Weile gedauert hat, bis ich meine Vorstellung von ‚Ownership‘ verständlich machen konnte“, schreibt Petritsch, der nach seinem Amtsantritt im Sommer 1999 überrascht feststellen musste, dass ihm vor allem progressive Politiker und Intellektuelle drängten, mit harter Hand für den Aufbau funktionierender Institutionen zu sor-

gen. „Meiner Ansicht nach war es ein Widerspruch, Demokratie quasi per Dekret zu erlassen und gleichzeitig auf die Stärkung der Zivilgesellschaft zu setzen. Doch in den ersten anderthalb Jahren meines Mandats wurde ich zum bis dahin interventionistischsten Hohen Repräsentanten: ‚Ownership‘ ist eben ein Prozess, der eines Rahmens bedarf, sodass ich zunächst stabile Grundlagen schaffen musste, um die Übertragung von mehr Rechten an die einheimischen Akteure in Gang zu setzen – und die Wurzeln für die Übernahme nachhaltiger Eigenverantwortung zu legen.“

Zu dem Schluss, dass es bis zur eigentlich erstrebenswerten, vollständigen Übergabe demokratischer Rechte an die Bevölkerung ein weiter Weg ist, der ohne internationale Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte zum Scheitern verurteilt ist, kommt auch Kemal Kurspahic, während des Krieges Chefredakteur der renommierten bosnischen Tageszeitung *Oslobodjenje*. Das Blatt war zur Zeit der Belagerung der vielleicht letzte Rückzugsort der nicht nationalistischen Kräfte und damit entscheidend für das Überleben republikanischer Strömungen in Bosnien.

Mit *Prime Time Crime. Balkan Media in War and Peace* ist dem Gewinner des „Dr. Erhard Busek – South East Europe Media Organisation (SEEMO) Award for Better Understanding in South East Europe“ 2003 die wohl umfassendste Analyse der Medienlandschaft in den Republiken des früheren Jugoslawien seit der Machtübernahme durch Slobodan Milošević 1987 gelungen – gespickt mit scharfer Kritik an den Versäumnissen der so genannten internationalen Gemeinschaft beim Friedensschluss von Dayton. „Auch wenn der Dayton-Vertrag der notwendige Preis gewesen sein mag, den Krieg zu beenden, beließ er die Macht in den Händen derjenigen, die die meiste Verantwortung für den Krieg trugen. Das machte es extrem schwer, Ins-

titutionen einer funktionierenden Zivilgesellschaft herauszubilden.“

Ein Fazit, das sich leicht von Bosnien auf andere international verwaltete Nachkriegsgesellschaften übertragen lässt – sei es in Afghanistan, im Kosovo oder im Irak – und das derzeit im Mittelpunkt internationaler „nation-building“-Konzepte steht. Die mangelnde Bereitschaft der vom US-Übergangsverwalter Paul Bremer geleiteten Zivilbehörde, Kompetenzen an die lokalen Kräfte abzugeben, sorgt in Bagdad schon seit Monaten für Unmut. Doch nicht nur für die herrschenden Kräfte der Koalition bietet sich die Lektüre des „Ownership“-Bandes an: Sollten die Vereinten Nationen in den kommenden Monaten tatsächlich mit einem stärkeren Mandat ausgestattet werden, könnten die in Amman, New York und Genf auf ihre Rückkehr wartenden Uno-Mitarbeiter Fehler vermeiden, die die „democracy-promoting community“ in Bosnien bereits gemacht hat.

Nicht zuletzt, weil er sich das freilich nie vollständig realisierte Ownership-Konzept aus Petritschs Amtszeit zu Eigen macht, hätte ein Kapitel aus Kurspahic' Feder hervorragend in den Sammelband gepasst. Denn neben den Beiträgen von Petritsch und Solioz umfasst dieser vor allem Texte bosnischer Politologen, Ökonomen sowie Praktiker aus Nichtregierungsorganisationen – zentralen Akteuren der fast ein Jahrzehnt nach Kriegsende nur rudimentär ausgeprägten Zivilgesellschaft also, für dessen Stärkung sich Kurspahic emphatisch ausspricht. ■

Christophe Solioz und Svebor Dizdarevic (Hsg.), *Ownership Process in Bosnia and Herzegovina. Contributions on the International Dimensions of Democratization in the Balkans.* € 20,-/ 143 Seiten. Nomos, Baden-Baden 2003.

Kemal Kurspahic, *Prime Time Crime. Balkan Media in War and Peace.* € 19,95/ 288 Seiten. United States Institute of Peace Press, Washington D.C. 2003.

Markus Bickel ist Journalist, er lebt in Sarajewo, von wo er regelmäßig für den STANDARD berichtet.